

Städte und Gemeinden im Wandel

Welchen Platz hat die
biologische Vielfalt?



GRÜßWORTE	4
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Bundesamt für Naturschutz	4
Deutsche Umwelthilfe	5
Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“	5
EINFÜHRUNG	6
Von der Nationalen Biodiversitätsstrategie zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“	6
Städte und Gemeinden im Wandel – Welchen Platz hat die biologische Vielfalt in Kommunen?	8
THEMEN	10
1. Natur in der Stadt – Mehr Lebensqualität durch Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich	10
1.1 Blickpunkt Besonderheiten der Stadtnatur	10 10
1.2. Einblicke Die Scherbelhaufen in Apolda – Artenreiche Magerrasen statt monotoner Plattenbauten Artenreiche Blütenpracht in Bad Saulgau Innenstadt	12 12 13
1.3 Ausblick	14
2. Stadt und Klima – Potenziale einer klimagerechten Stadt- und Grünplanung	14
2.1 Blickpunkt Klimawandelanpassung durch urbane Grünflächen	15 15
2.2 Einblicke Berücksichtigung von Stadtklimazielen in der Bauleit- und Grünplanung Urbane Wälder in Leipzig	16 16 17
2.3 Ausblick	18
3. Vielfalt nach Plan – Erfahrungen mit kommunalen Biodiversitätsstrategien	18
3.1 Blickpunkt Biodiversitätsmonitoring	19 19
3.1 Einblicke „Mehr Natur in der Stadt“ – Das Biodiversitätsprogramm der Landeshauptstadt Hannover Die erste lokale Biodiversitätsstrategie Bayerns	20 20 21
3.3 Ausblick	22
4. Natur in Kopf und Herz – Strategien zur Förderung des Natur- und Umweltbewusstseins	22
4.1 Blickpunkt Naturbewusstsein	23 23
4.2 Einblicke Molche, Drachen, Apfelsaft – Natur erleben und Menschen begeistern Faszination Biodiversität: Wie in Eckernförde Natur erlebbar wird	24 24 25
4.3 Ausblick	26
SCHLUSSWORT DES BÜNDNISSES „KOMMUNEN FÜR BIOLOGISCHE VIelfALT“	27

„Eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts liegt in der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Die biologische Vielfalt wird dabei immer mehr zum Trend: Guerilla Gardening und die zunehmende Sehnsucht vieler Großstädter nach der Romantik des Landlebens zeigen, dass wir es schaffen können, das Blatt zu wenden: In den Köpfen der Menschen, zugunsten der biologischen Vielfalt.“

Professor Peter Wippermann, Gründer Trendbüro und Professor für Kommunikationsdesign an der Folkwang Universität Essen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Deutschland verfolgt seit 2007 mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt einen anspruchsvollen Weg zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Die Strategie formuliert konkrete Visionen für die Zukunft und legt für alle biodiversitätsrelevanten Themen



Qualitäts- und Handlungsziele fest. Bereits im Jahr 2010 haben Vertreterinnen und Vertreter von Landkreisen, Städten und Gemeinden damit begonnen, die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf der Ebene des kommunalen Handelns zu diskutieren. Eine Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ wurde erarbeitet und mittlerweile von mehr als 230 Kommunen unterzeichnet. Mit ihrer Unterschrift erklären die Kommunen, dass sie den Schutz der biologischen Vielfalt künftig bewusst in ihre Entscheidungen einbeziehen und sich in einem kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt zusammenschließen.

Ich bedanke mich bei den besonders engagierten Kommunen, die zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz und der Deutschen Umwelthilfe an der Vorbereitung der Bündnisgründung mitgewirkt haben. Die Gründung des Vereins „Kommunen für biologische Vielfalt“ ist ein wichtiger Meilenstein für die Umsetzung unserer nationalen Strategie. Die Bündnispartner werden vom gegenseitigen Erfahrungsaustausch profitieren und gemeinsam weitere Wege für den Erhalt der biologischen Vielfalt finden. Aktive Städte und Gemeinden sind die beste Werbung für das kommunale Bündnis. Ich wünsche Ihnen dafür ganz großen Erfolg!

Ursula Heinen-Esser

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesamt für Naturschutz

Mit der Gründung des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ nehmen die Kommunen ihre Verantwortung für die biologische Vielfalt an und geben den Bemühungen zu ihrem Erhalt eine langfristige Perspektive. Vielfältige Flächennutzungen unterschiedlicher Art und Intensitäten schaffen in



den Kommunen auf engem Raum ein Mosaik an Biotopen, die zahlreichen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum bieten und die es zu erhalten gilt. Ökosysteme in Städten und Gemeinden erbringen für uns Menschen wichtige Beiträge zum stadtklimatischen Ausgleich, zur Sicherung der natürlichen Wasser- und Stoffkreisläufe, zur Erholung und stellen damit einen wichtigen Garanten für die Lebensqualität der Menschen an ihrem Wohn- und Arbeitsort dar. Schließlich sind die Kommunen als Handlungsebene des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch deshalb so entscheidend, weil sich die Bürgerinnen und Bürger hier selbst mit Aktionen und Aktivitäten einbringen können.

Aufgrund dieser ganz besonderen Bedeutung des Naturschutzes vor Ort hat das Bundesamt für Naturschutz die Kommunen von Beginn an in ihrem Bestreben unterstützt, sich in einem kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt zusammenzuschließen. Mit dem Rückenwind des Gründungskongresses im Februar 2012 sowie starken Partnern an der Seite kann das Bündnis entscheidende Beiträge zum Erhalt der biologischen Vielfalt vor Ort leisten. Hierzu wünsche ich allen Beteiligten viel Erfolg!

Prof. Dr. Beate Jessel

Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Seit vielen Jahren unterstützt die Deutsche Umwelthilfe Städte und Gemeinden in ganz Deutschland bei ihren Bemühungen um den Natur- und Umweltschutz. Unsere Wettbewerbe, Schulungsangebote und Broschüren zeigen, mit wie viel Motivation und Idealismus die Kommunen Ideen zum Schutz der biologischen Vielfalt entwickeln und umsetzen. Die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ sowie das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ stellen bedeutende Schritte zur weiteren Vernetzung der Kommunen dar. Auch die Kommunalpolitik wird dadurch mit ins Boot geholt, wovon die biologische Vielfalt in den Kommunen profitieren wird.

Natur erfüllt in unseren Kommunen eine ganze Reihe von Funktionen, auf die wir nicht mehr verzichten können: Kühlungseffekte, Luftfilterung und Gesundheitsförderung, Verbesserung des Stadtbildes und Möglichkeiten für Spiel, Sport und Erholung. Kinder brauchen Natur für eine gesunde Entwicklung, aber auch andere Bevölkerungsgruppen sind wenig mobil und kommen nur dann mit Natur in Kontakt, wenn sie diese in ihrem direkten Lebensumfeld vorfinden. In vielen Kommunen wurde bereits viel erreicht und das Bündnis stellt eine wunderbare Gelegenheit dar, der biologischen Vielfalt eine noch stärkere Stimme zu verleihen und die Stadtnatur weiter in den Fokus des kommunalen Handelns zu rücken. Die Deutsche Umwelthilfe freut sich sehr, das Bündnis hierbei unterstützen zu dürfen!

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.



Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.

Die Kommunen spielen angesichts ihrer umfassenden Aufgaben in Planung, Verwaltung und Politik eine Schlüsselrolle beim Erhalt der biologischen Vielfalt. Sie können über Festsetzungen in der Bauleitplanung gezielt auf eine angemessene Siedlungsdichte, die Vernetzung von Biotopsystemen und eine siedlungsnahen Durchgrünung hinwirken. Die Erfahrungen und die Interessen der Kommunen beim Schutz der Biodiversität sollten daher noch stärker in die öffentlichen Diskussionen miteinfließen. Als Sprachrohr der Kommunen wird das Bündnis seine politische Schlagkraft nun dafür einsetzen, um das Engagement der Kommunen öffentlich sichtbar zu machen sowie Bund und Länder stärker zu fordern.

Niemand weiß jedoch besser um die Herausforderungen und Probleme des Naturschutzes auf kommunaler Ebene als die Kommunen selbst. Mit der Bündnisgründung wurden Strukturen geschaffen, die eine langfristige und erfolgreiche Kooperation ermöglichen: Interkommunaler Austausch, gegenseitiges Lernen, Kooperationsprojekte, Partnerschaften und gemeinsame Förderanträge können über das Bündnis initiiert und koordiniert werden. Es kommt nun darauf an, dass wir diese Möglichkeiten nutzen und die geschaffenen Strukturen mit Leben füllen. Kreativität, Engagement und Ausdauer sind gefragt, um zählbares für die biologische Vielfalt zu erreichen.

Eckart Würzner

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg und Vorstandsvorsitzender des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.



Von der Nationalen Biodiversitätsstrategie zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.

Mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) hat die Bundesregierung im Jahr 2007 ein umfassendes Konzept zum Schutz von Arten und Lebensräumen sowie der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und der damit verbundenen Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Menschen erarbeitet. Den Kommunen kommt darin eine herausragende Bedeutung



zu: Sie sind nicht nur diejenige politische Ebene, welche den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht und damit wesentlich dazu beitragen kann, das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken. Landkreise, Städte und Gemeinden verfügen in vielen Bereichen auch über entsprechende Kompetenzen, um selbst konkrete Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt umzusetzen.

Mit der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ haben die Kommunen im Jahr 2010 den ersten Schritt in Richtung einer gemeinsamen Initiative zum Schutz der biologischen Vielfalt getan. Die Deklaration soll Landkreise, Städte und Gemeinden bundesweit dazu motivieren, Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den Bereichen Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich, Arten und Biotopschutz, nachhaltige Nutzung sowie Bewusstseinsbildung und Kooperation zu realisieren. Mittlerweile haben mehr als 230 Kommunen die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet und sich damit dafür ausgesprochen, den Erhalt der biologischen Vielfalt als Grundlage einer nachhaltigen Stadt- und Gemeindeentwicklung zukünftig verstärkt zu berücksichtigen. Die große Zahl der unterzeichnenden Kommunen spiegelt die zunehmende Bedeutung des Themas für Landkreise, Städte und Gemeinden wider: Wenn Kommunen Naturerfahrungsräume schaffen, durch ausgedehnte Grünflächen zur Biotopvernetzung beitragen oder die Ar-

tenvielfalt mit kommunalen Schutzprogrammen stärken, leisten sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Schutz der lokalen Biodiversität, sondern tragen auch zu einer verbesserten Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger bei.

Die beteiligten Landkreise, Städte und Gemeinden haben sich mit der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zudem dafür ausgesprochen, sich in einem kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt zusammenzuschließen. Der Fachkongress „Biologische Vielfalt in Kommunen“ im Senckenberg Naturmuseum in Frankfurt am Main bot im Februar 2012 dann den passenden Rahmen für eine erfolgreiche Bündnisgründung: In einem der größten Naturkundemuseen Europas diskutierten über 250 (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalverwaltung sowie führende Experten aus der Wissenschaft, wie sich die biologische Vielfalt in städtischen Räumen besser erhalten und gestalten lässt. Höhepunkt der zweitägigen Veranstaltung war die Bündnisgründung am Abend des ersten Kongresstages, in deren Rahmen sich insgesamt 60 Gemeinden, Städte und Landkreise aus ganz Deutschland zum Verein „Kommunen für biologische Vielfalt“ zusammengeschlossen und den Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner zu ihrem Vorstandsvorsitzenden gewählt haben (Mitgliedszahl bei Redaktionsschluss: 80). In Zukunft will der Verein Einfluss nehmen auf Gesetze, Fördertitel und Normen von EU- oder Bundesebene, die entscheidende Rahmenbedingungen für den kommunalen Naturschutz setzen. Praxiserfolge von engagierten Kommunen wird das Bündnis über Broschüren und Pressearbeit öffentlich sichtbar machen und auch Fortbildungsangebote stehen auf der Agenda.



Mitglieder des Bündnisses
 „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.



Stand: 30. September 2012
 Datenquelle: Open Street Map

Städte und Gemeinden im Wandel – Welchen Platz hat die biologische Vielfalt in Kommunen?

Kommunen repräsentieren die politische Ebene, die den Menschen am nächsten steht. In Deutschland gibt es über 11.442 Gemeinden, 2.068 Städte und 80 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern¹. Allein in den Großstädten leben 31 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der Bevölkerung in Städten und Ballungsräumen beträgt rund 75 Prozent². Ebenso wichtig sind natürlich die Klein- und Mittelstädte – sie bilden die Mehrzahl der Kommunen in Deutschland. Es versteht sich daher von



selbst, dass Naturschutz nicht vor den Toren der Städte halt machen kann, sondern dass biologische Vielfalt und Freiraumqualitäten hier ebenfalls gesichert und entwickelt werden müssen.

Gerade der Siedlungsbereich ist ein häufig unterschätzter Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Urbane Freiflächen – wie Parks, Biotope, Stadtwälder oder Brachflächen – bieten durch eine extensive und sich dynamisch verändernde Nutzung beste Chancen für großen Artenreichtum. Dabei gilt: Je besser eine Stadt durchgrünt ist, desto höher ist auch der Anteil einheimischer Arten und Arten mit besonderen Habitatansprüchen. Aber nicht nur Tiere und Pflanzen profitieren von urbanen Naturräumen. Auch für die dort lebenden Menschen erbringt die Natur wichtige (Ökosystem-) Dienstleistungen. Bäume beispielsweise leisten durch Verschattung einen wichtigen Beitrag zum Stadtklima und tragen durch ihre Filterfunktion zu einer verbesserten Luftqualität bei. Grünflächen verbessern die Wohnumfeldbedingungen und werten dadurch ganze Stadtquartiere auf. Besonders Kindern und Jugendlichen bieten Naturerlebnissräume die Möglichkeit, frei und ungestört die Welt zu erkunden sowie Kreativität und Phantasie zu entwickeln. Eine vielfältige Natur in und um die Kommune gehört somit zu den weichen Standortfaktoren, die für deren Attraktivität eine entscheidende Rolle spielen.

Aber nicht nur im Siedlungsbereich, sondern im gesamten Gemeindegebiet können Kommunen aktiv zum Schutz der biologischen Vielfalt beitragen. Hierzu zählen beispielsweise die Förderung umweltverträglicher Formen der Land- und Forstwirtschaft, die Entwicklung von Konzepten zur nachhaltigen Nutzung nachwachsender Rohstoffe oder der Gewässerschutz. Gerade die Renaturierung von Steh- und Fließgewässern hat sich zu einer zentralen Aufgabe vieler Kommunen entwickelt. Das Wasser selbst und die



Uferzonen gehören zu den vielfältigsten Lebensräumen in unserer Landschaft. Der naturnahe Rückbau von Bach- und Flussabschnitten oder die Rückgewinnung von Retentionsflächen tragen dazu bei, diese auch langfristig zu erhalten. Neben konkreten Maßnahmen spielt auch die naturschutzfachliche Erfassung und Bewertung des Gemeindegebiets eine bedeutende Rolle: In der im deutsch-belgischen Naturpark Nordeifel gelegenen Gemeinde Nettersheim wurden beispielsweise über 90 Prozent des gesamten Gemeindegebietes als nationale oder europäische Schutzkategorie ausgewiesen und die Kommune stellt sich aktiv dieser Verantwortung: Sämtliche Wälder und landwirtschaftliche Nutzflächen sind kartiert und nach ihrer Bedeutung für den Naturschutz bewertet. So werden die Lebensräume für Pflanzen und Tiere im nahezu gesamten Gemeindegebiet nachhaltig gesichert.

So bedeutend kommunale Naturräume für die Artenvielfalt und Lebensqualität sind, so groß ist oftmals auch das Spannungsverhältnis bei der Koexistenz von Mensch und Natur auf engstem Raum. Der Flächenverbrauch zählt nach wie vor zu den wichtigsten Gründen für den Verlust an biologischer Vielfalt. Im Zeitraum von 2007 bis 2010 wurden in Deutschland rund 87 Hektar pro Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen³. Dies entspricht in etwa der Fläche von 117 Fußballfeldern⁴.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2020 auf durchschnittlich 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Die Kommunen sind in diesem Zusammenhang gefordert, Strategien einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu erarbeiten. Durch die Nutzung von Brachflächen und Baulücken im Sinne einer verstärkten Innenentwicklung und Nachverdichtung oder intelligente ÖPNV-Konzepte, mit denen ein weiterer Flächenverbrauch und die Zerschneidung von Naturräumen durch Verkehrswege vermieden wird, können sie aktiv dazu beitragen, das von der Bundesregierung formulierte Ziel zu erreichen.

Auch scheinbare Gegensätze, wie die naturnahe Pflege öffentlicher Grünflächen und das etablierte Bild einer sauberen und aufgeräumten Stadt oder divergierende Nutzungsansprüche für öffentliche Frei- oder landwirtschaftliche Nutzflächen, können zu Konflikten in Kommunalverwaltung oder der Bürgerschaft führen. Für die Kommunen wird es daher immer wichtiger, die Bürgerinnen und Bürger stärker für die Belange des Naturschutzes zu sensibilisieren und in die kommunalen Aktivitäten einzubeziehen. Städte und Gemeinden sind jene Orte, an denen die Menschen leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Also auch jene Orte, an denen sie am ehesten mit der Natur in Berührung kommen. Und dieser unmittelbare Kontakt zur Natur ist wiederum unverzichtbar sowohl für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger als auch für das Verständnis um die Bedeutung der biologischen Vielfalt.

Kommunen wirken mit nahezu all ihren Aktivitäten direkt oder indirekt auf die biologische Vielfalt ein. Jede neue Straße und jede Stadtentwicklungsmaßnahme hat direkte Auswirkungen auf Boden, Vegetation und Mikroklima. Bei guter Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung

und lokaler Bevölkerung sowie frühzeitigem Einbeziehen biodiversitätsrelevanter Gesichtspunkte können negative Einwirkungen gering gehalten und neue Strukturen zum Erhalt der biologischen Vielfalt geschaffen werden. Viele Kommunen setzen dies bereits um: Kreative Grünflächenämter, die naturnah wirtschaften, intelligente kommunale Planungen, in denen für Mensch und Natur die besten Lösungen gefunden werden und zielgerichtete Maßnahmen im Arten- und Biotopschutz, die Raum schaffen für seltene heimische Tier- und Pflanzenarten. Diese Landkreise, Städte und Gemeinden zeigen, dass sich mit Entschlossenheit und Fantasie auch in Zeiten knapper Kassen Außergewöhnliches erreichen lässt.



¹ www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/06StaedteEinwohnergrossen.html [16.08.2012]

² www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumeobachtung/Raumabgrenzungen/Gro_C3_9Fstaddrregionen/Gro_C3_9Fstaddrregionen2009.html [27.08.2012]

³ Die 87 Hektar entsprechen dem gleitenden Vierjahresdurchschnitt. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2011/10/PD11_382_331.html [23.08.2012]

⁴ angenommene Durchschnittsgröße eines Fußballfeldes (68 Meter mal 105 Meter \Rightarrow 0,714 ha)





Besonderheiten der Stadtnatur

Viele heimische Arten, wie Mauersegler, Fledermäuse oder Igel, finden auf urbanen Freiflächen einen Lebensraum, aber auch gebietsfremde Arten siedeln sich aufgrund für sie vorteilhafter Standortbedingungen, wie Wärme oder Trockenheit, an. Doch nicht nur Tiere und Pflanzen profitieren von der urbanen Vielfalt, sie trägt auch zur Lebensqualität der in den Städten lebenden Menschen bei. Aber was bedeutet eigentlich „Urbane Biodiversität“? Wo finden wir sie und wie unterscheidet sie sich von unserer idealisierten Vorstellung „unberührter Natur“?

Zur biologischen Vielfalt einer Stadt können alle Flächen sowie die dort lebenden Tiere und Pflanzen beitragen. Städte können einerseits durch die mosaikartige Einbettung verschiedenster Teilräume charakterisiert werden, sind andererseits aber auch selbst in einen größeren Landschaftskomplex eingebunden. Der Artenreichtum einer Stadt spiegelt zu erheblichen Teilen diese Landschaftsräume wider. Die Besonderheit der Städte besteht vor allem darin, dass den ursprünglichen Landschafts- und Habitatstrukturen weitere hinzugefügt werden. Neben baulichen Strukturen, die eine Art Felsenlandschaft einfügen, kommen beispielsweise in Städten der Agrarlandschaft auch zahlreiche baumbestandene Parkanlagen hinzu⁵.

Davon ausgehend lassen sich vier „Typen“ von Stadtnatur unterscheiden:

- Relikte der Natur
(Reste der ursprünglichen Naturlandschaft)
- Bäuerliche Kulturlandschaft
(ehemals land- und forstwirtschaftliche Flächen)
- Gestaltetes Grün
(Parkanlagen, Grünflächen, Gärten etc.)
- Städtische Wildnis
(Neuartige Formen der Spontanentwicklung)⁶

Diese theoretische Abgrenzung ermöglicht einen praktikablen Zugang zur differenzierten Beschreibung und Bewertung dessen, was oft als „Stadtnatur“ bezeichnet wird. Außerdem verdeutlicht sie einen weiteren für Stadtlandschaften charakteristischen Punkt: Die räumliche Verbindung der gebauten Stadt mit alten und neuen Landschaftselementen, deren Bausteine eine häufig sehr weit zurückreichende Geschichte haben⁷. Städte bieten also

Chancen zur Bewahrung ursprünglicher und traditioneller Landschaftselemente mitsamt ihrer biologischen Vielfalt und eröffnen gleichzeitig Anpassungskorridore an neuartige Umweltbedingungen.

„Variierende Bodenverhältnisse, spezifische kleinklimatische Gegebenheiten, die aus der hohen Nutzungsdynamik hervorgehenden verschiedenen Entwicklungsstadien, aber auch die Nutzung durch Bewohner bringen häufig ein Habitatmosaik hervor, welches große Potenziale für den Stadtnaturschutz und das Naturerleben im städtischen Raum beinhaltet. Vor allem für Kinder und Jugendliche stellen selbst kleinste städtische Brachflächen oftmals den letzten naturnahen Kreativspielraum dar.“

Professor Stephan Pauleit, Technische Universität München

„Städtische Wildnis“ als neuartige, spezifisch urbane Form von Natur bildet den besonderen naturgeschichtlichen Beitrag der Städte⁸. Vor allem Brachflächen sind als Lebensraum für spontan auftretende Tier- und Pflanzenarten von entscheidender Bedeutung und tragen in besonderer Art und Weise zur biologischen Vielfalt in urbanen Räumen bei. Ohne die Bedeutung und Funktion ursprünglicher Natur ersetzen zu können, stellen urbane Naturräume somit für viele Tier- und Pflanzenarten einen attraktiven Lebensraum dar.



⁵ Vgl. Werner/Zahner (2009): Biologische Vielfalt und Städte. Seite 29.

⁶ Vgl. Kowarik (1992): Das Besondere der städtischen Vegetation. Seite 33-47.

⁷ Vgl. Kowarik (2012): Stadtnatur in der Dynamik der Großstadt Berlin. Seite 24.

⁸ Vgl. ebd. Seite 22/23.



Die Scherbelhaufen in Apolda – Artenreiche Magerrasen statt monotoner Plattenbauten

Große Flächen mit leerstehenden Wohngebäuden sind für Stadtplanerinnen und Stadtplaner eine besondere Herausforderung. Besonders leerstehende Plattenbausiedlungen werden für viele Kommunen aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs zum Problem. Doch wie das Beispiel der Scherbelhaufen in Apolda veranschaulicht, bieten sie auch eine Chance, qualitativ hochwertigen Stadtlebensraum zu schaffen. Strukturwandel und Bevölkerungsrückgang hatten eine Wohnanlage mit Plattenbauten, Straßen, Gehwegen und Parkplätzen am Stadtrand von Apolda überflüssig gemacht. Statt die Fläche nach dem Abriss sich selbst zu überlassen oder in eine eintönige Rasenfläche zu verwandeln, wird sie seit 2005 für den Naturschutz genutzt.

Nach Abriss der Plattenbauten wurde der Beton in einer nahe gelegenen Brecheranlage geschreddert und mit Ziegelbruch auf dem Gelände der ehemaligen Wohnanlage wieder aufgeschüttet. Wo früher fünfgeschossige Wohn-

modelliert. Um die Entwicklung artenreicher Magerrasen zu ermöglichen, wurde auf das Abdecken mit Mutterboden verzichtet. Auf einer Teilfläche haben die Landschaftsgärtner schließlich als Initialvegetation Wildblumen aus zertifiziert gebietseigener Herkunft angesät. Die hochwertige Mischung enthielt Samen von Arten trockenwarmer Magerrasenstandorte, wie sie in der südlich von Apolda liegenden Muschelkalklandschaft der Ilm-Saale-Platte vorzufinden sind. Auf der Nordseite der Scherbelhaufen konnte der alte Baumbestand weitgehend erhalten werden, so dass eine abwechslungsreiche und attraktive Fläche geschaffen wurde, die zum Spielen, Spazieren und dem Entdecken heimischer Natur einlädt.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, dass sich schon im zweiten Sommer viele der erwarteten Kräuter und Gräser eingestellt haben – und in ihrem Schlepptau auch zahlreiche Vögel und Insekten, die diesen Lebensraum bevorzugen.

„Die Verwendung des Abrissmaterials leerstehender Wohnblöcke als Grundlage für die Ansiedlung von trockenheitsliebenden Tier- und Pflanzengemeinschaften ist eine einfache Lösung, die in vielen Kommunen tristes Grau in lebendiges Grün verwandeln könnte. Heutzutage weiß man, wie wichtig die Nähe von Natur für die Lebensqualität der Stadtbevölkerung ist. Diesen Qualitätsfaktor konnten wir mit unserem Projekt wesentlich steigern und gleichzeitig Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere schaffen.“

Hubert Müller, Stadt Apolda

blöcke das Landschaftsbild prägten, entstanden fünf sanft geformte Hügel. Sie sind am höchsten Punkt zwischen einem und sechs Meter hoch und passen sich damit gut in die umgebende Landschaft ein. Auf der Südseite der so geschaffenen Hügel, wurde die sonnenexponierte Lage dazu genutzt, mehrere Trockenbiotop anzulegen. Eine 50 Zentimeter starke Betonrecyclingschüttung aus grobem Material und ohne Feinanteile wurde aufgebracht und mit mineralischem Material aus alten Ziegeln abgedeckt und

Zu den fast 100 nachgewiesenen Pflanzenarten zählen Reseda, Kleiner Klappertopf, Wilde Möhre und Wundklee. Es konnten bereits Schmetterlingsarten, wie der Schwalbenschwanz, und eine Vielzahl an Wildbienen und Vogelarten, wie Dorngrasmücke, Goldammer, Heckenbraunelle und Neuntöter nachgewiesen werden. Durch die extensive Pflege der Fläche und den Verzicht auf Dünger und Pflanzenschutzmittel entstehen zudem äußerst geringe Unterhaltskosten.





Artenreiche Blütenpracht in Bad Saulgau Innenstadt

Bis 2015 sollen sämtliche Grünanlagen der oberschwäbischen Kommune Bad Saulgau zu artenreichen, insekten- und vogelfreundlichen Anlagen umgestaltet werden. Neben der ökologischen Inwertsetzung der innerstädtischen Freiflächen werden dadurch auch Gelder gespart. Das regelmäßige Mähen entfällt und der Bedarf an Saat- und Pflanzgut sinkt. Die aufwändige Wechselbepflanzung von einst wird weitgehend durch mehrjährige, flächig wachsende Stauden und Gräser ersetzt. Bereits drei Viertel der vormals monoton gestalteten, artenarmen Grünflächen sowie zahlreiche Verkehrsinseln und Straßenrandstreifen wurden bis zum heutigen Zeitpunkt bereits ökologisch aufgewertet.

Die Auswahl der Pflanzenarten orientiert sich in Bad Saulgau gezielt an der heimischen Insektenwelt. An einigen großen Verkehrsinseln und Straßenrändern werden Wildblumenwiesen angesät. Entlang von Straßenrändern kommt vielerorts auch eine bewährte Mischung aus Salbei, Lavendel, Storchschnabel, verschiedenen Gehölzen, Bodendecker-Rosen, Frauenmantel, Margeriten und Steppenkerzen zum Einsatz. Auch wenn nicht alle diese Pflanzen heimisch sind, so stellen sie dennoch einen guten Kompromiss zwischen den ästhetischen Ansprüchen der Bevölkerung und den Belangen des Naturschutzes dar. Sie bilden attraktive Blühflächen, bieten jede Menge Nahrung für unzählige Schmetterlinge, Bienen und Hummeln und kommen mit den häufig sehr trockenen Bedingungen entlang von Stra-

ßen und in eingefriedeten Pflanzbeeten gut zurecht. Die Stadtgärtnerei und der städtische Bauhof arbeiten bei der Umsetzung des Begrünungskonzeptes eng mit der Stadtverwaltung zusammen. Nur so können Parkflächen, Gewerbebrachen und Straßenbegleitgrün gleichermaßen in das Konzept integriert werden. Auch erhält inzwischen jede

Straße im Zuge der Sanierung neue Pflanzbeete, die wiederum für die artenreiche Blütenpracht zur Verfügung stehen.

Die Umgestaltung der Grünflächen war für die Bürgerschaft zunächst ungewohnt. Naturnahe Parks und Blühflächen bieten nicht ganzjährig das gewohnte „ordentliche“ Bild. Im Vorfrühjahr machen die Flächen oftmals einen verwilderten Eindruck, bis sie später ihre volle Pracht entfalten. Ab dem Spätherbst sind dann häufig braune Flächen zu sehen, die erst im Frühjahr wieder zu neuem Leben erwachen. Die Stadtverwaltung begleitet den Jahresgang, indem sie regelmäßig in Zeitung und Amtsblatt informiert. Mit Hilfe intensiver Öffentlichkeitsarbeit ist es der Kommune gelungen, dass die Bürgerinnen und Bürger die vielfältige Blütenpracht als ein beliebtes Merkmal ihrer Stadt schätzen und lieben. Zahlreiche Anwohner haben sogar Patenschaften für städtische Pflanzeninseln in ihrem Wohnumfeld übernommen. Die Flächen werden von den Bürgerinnen und Bürgern als ihre eigenen wahrgenommen und entsprechend genutzt, aber auch geschützt. Unkräuter und Müll werden entfernt und bei allzu großer Trockenheit wird gegossen.

„Das Begrünungskonzept hat sich fest in der Stadt etabliert. Die Bürgerinnen und Bürger genießen im Frühjahr und Sommer die beeindruckende Blütenpracht. Für viele sind die Flächen sogar zu einer Art Ersatzgarten geworden, dem sie einen Teil ihrer Freizeit widmen. Das Nahrungsangebot für Insekten hat sich verbessert und interessanterweise ist die Pflege einer Blumenwiese kostengünstiger als die Pflege einer Rasenfläche.“

Thomas Lehenherr, Stadt Bad Saulgau





Gestaltung und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen

Städtische Grün- und Freiflächen von Parkanlagen über Kleingärten bis hin zum Straßenbegleitgrün stellen zentrale Handlungsfelder des kommunalen Naturschutzes dar. Von besonderer Relevanz sind in diesem Zusammenhang Fragen nach den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen sowie den Kosten der Bereitstellung und Pflege urbaner Grünflächen.

Gestaltungs- und Nutzungskonzepte für kommunale Freiflächen gibt es mittlerweile in großer Zahl: Klima-/ Stadtwald, Naturerlebnisräume, Parks, offene Flächen, naturnahe Spielplätze, Stadtgärten etc. wurden in vielen Kommunen erfolgreich angelegt. Dennoch stellt sich im Einzelfall immer wieder die Frage, welches Konzept am besten dazu geeignet ist, im Rahmen vorgegebener Kostenbudgets die Bedürfnisse und Wünsche potenzieller Nutzer zu befriedigen und gleichzeitig naturschutzfachliche Zielsetzungen zu realisieren. Hier gilt es, unterschiedliche Interessenlagen miteinander in Einklang zu bringen. Dafür ist es notwendig, neben konkreten Praxisbeispielen zur Gestaltung öffentlicher Grün- und Freiflächen auch Konzepte zur Bürgerbeteiligung und alternative Finanzierungsmodelle in den Blickwinkel zu rücken.

In Bezug auf die dauerhafte Sicherung innerstädtischer Grünflächen wird zudem die Notwendigkeit integrierter Sichtweisen erkennbar. Ob beispielsweise einzelne Flächen

im Siedlungsgebiet besser für eine (Wieder-) Bebauung im Sinne der Innenentwicklung genutzt oder aufgrund ihres naturschutzfachlichen oder erholfördernden Wertes als Grünfläche erhalten bleiben sollten, kann nur im Einzelfall und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten entschieden werden. Fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und strategische Konzepte können zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen beitragen.

Neben der Nutzung und Gestaltung öffentlicher Grün- und Freiflächen kommt deren Pflege und Unterhaltung eine entscheidende Bedeutung zu. Immer mehr Kommunen setzen auf ein ökologisches Grünflächenmanagement und verhelfen damit nicht nur der biologischen Vielfalt zur Rückkehr in die Innenstädte, sondern diesen auch zu einem attraktiveren Erscheinungsbild. Der Verzicht auf regelmäßige Mahd und Spritzmittel spart zudem Kosten, welche auch die ökonomische Vorteilhaftigkeit gegenüber traditionellen Vorgehensweisen begründen. Die bislang gemachten Erfahrungen zeigen, dass für ein ökologisches Grünflächenmanagement die Unterstützung der lokalen Bevölkerung sowie der Kommunalpolitik von entscheidender Bedeutung sind. Es bietet sich daher an, dessen Ein- und Durchführung mit einer intensiven und kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.



BLICK NACH VORN –

IDEEN UND ANREGUNGEN FÜR DIE BÜNDNISARBEIT*

- Handlungsanleitung für ein ökologisches Grünflächenmanagement mit Hinweisen zu Strategien einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit
- Analyse unterschiedlicher Finanzierungsmodelle für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Grünflächen (beispielsweise kommunenübergreifende Kooperationen, Zusammenarbeit mit der Wirtschaft etc.)
- Hinweise zum Umgang mit Brachflächen und Sammlung guter Beispiele
- Hinweise zur Beschaffung und Verwendung regionalen Saatguts beziehungsweise regionaler Gehölze
- Entwicklung/Angebot eines Zertifizierungssystems anhand naturschutzfachlicher Indikatoren
- Förderung/Unterstützung naturnaher Gewerbe-
flächen

* Ergebnisse der Workshops im Rahmen des Fachkongresses „Biologische Vielfalt in Kommunen“ am 1./2. Februar 2012 in Frankfurt am Main.



Klimawandelanpassung durch urbane Grünflächen

Der Klimawandel vollzieht sich einerseits schleichend in Form von veränderten Temperatur- und Niederschlagsmustern, andererseits nehmen Wetter- und Witterungsextreme wie Hochwasser, Stürme und Hitzewellen zu. Städte an Flussgebieten oder im Küstenbereich müssen sich zukünftig verstärkt mit Hochwasser und der Zunahme des Meeresspiegels auseinandersetzen. Zudem entwickeln sich Stadtgebiete immer mehr zu Hitzeinseln: Die aufgrund der Versiegelung ohnehin hohe Durchschnittstemperatur

geeignet sind, hängt stark von den jeweiligen Gegebenheiten und Zielsetzungen ab. So ist beispielsweise eine abkühlende Wirkung tagsüber mit baumbestandenen Flächen, nachts jedoch mit offenen Grünflächen zu erzielen. Hier gilt es, sowohl die konkrete Ausprägung des kleinräumigen Bioklimas und seiner Veränderungen zu berücksichtigen als auch die Empfindlichkeit des jeweiligen Umfelds gegenüber diesen Veränderungen zu bestimmen. Der zu erwartenden Temperaturzunahme sollten dabei Faktoren

„Städtische Grünräume leisten einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel. Die Tendenz geht jedoch aus Gründen des Flächen-, aber auch des Klimaschutzes häufig eher zur kompakten als zur durchgrüneten Stadt. Wie beiden Anforderungen gleichzeitig und am besten Genüge getan werden kann, kann nur anhand des Einzelfalls entschieden werden. Hierfür sind wissenschaftliche Analysen und politische Diskussionen gleichermaßen nötig, bei denen vor allem auf Synergien zwischen Klimaschutz und Klimawandelanpassung geachtet werden sollte.“

Professor Stefan Heiland, Technische Universität Berlin

von dicht bebauten Stadtzentren wird sich durch die allgemeine Temperaturzunahme sowie extreme Hitzewellen nochmals erhöhen. Eine hohe thermische Belastung führt dabei nicht nur zu einer erhöhten Gesundheitsgefährdung, sondern insgesamt zu einer Minderung der Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Stadtbevölkerung.

Stadtgrün kann einer Überwärmung der Städte entgegenwirken, indem es zur Entstehung und Leitung von Kaltluft beiträgt und bioklimatische Ausgleichsräume schafft. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Maßnahmen werden seit langem zur Verbesserung des Wohnumfelds oder im ökologischen Stadtbau diskutiert und umgesetzt. Vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung erhalten sie jedoch eine zusätzliche Bedeutung: Stadtbäume, Entsiegelungen oder Fassaden- und Dachbegrünungen tragen durch Verschattung, Isolierung und Verdunstungseffekte in unterschiedlichem Umfang zur Abkühlung der steigenden Oberflächen- und Lufttemperatur bei. Parks und offene Grünflächen fungieren als Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete und -leitbahnen, sorgen so für eine verbesserte Luftqualität und leiten Kaltluft aus dem Umland in die Stadtzentren hinein.

Welche Maßnahmen oder Maßnahmenkombination zur Temperaturreduktion

wie Einwohnerdichte, Altersstruktur, Versiegelungsgrad sowie die Ausstattung mit wohnungsnahen Grünflächen oder Straßenbäumen gegenübergestellt werden. Dass mit einer solchen systematischen und an die örtlichen Gegebenheiten angepassten Vorgehensweise erhebliche Temperaturrückgänge zu erzielen sind, zeigen Modellrechnungen: Für Innenhöfe und Straßenräume in Berliner Innenstadtquartieren wurden allein durch die Umsetzung einer Kombination kleinräumiger Maßnahmen (hellere Gebäudeoberflächen, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Fassadenbegrünung) ein Temperaturrückgang von bis zu 10° C nachgewiesen⁹. Nebenbei lassen sich auch Synergieeffekte in Sachen Klimaschutz erzielen: Dach- oder Fassadenbegrünungen sorgen nicht nur für geringere Oberflächentemperaturen im Sommer, sondern verstärken auch die Wärmeisolierung von Gebäuden im Winter.

⁹ Rittel/Wilke/Heiland (2011): Anpassung an den Klimawandel in städtischen Siedlungsräumen. Seite 67-77.





Berücksichtigung von Stadtklimazielen in der Bauleit- und Grünplanung

Bereits 1988 begann die Stadt Neuss in Nordrhein-Westfalen mit Stadtklimauntersuchungen und der Erstellung eines Stadtklimakatasters. Mit Hilfe von Messungen zu Windrichtung, Windgeschwindigkeit, Lufttemperatur und Luftfeuchtigkeit, Thermal- und Multispektralscannerbefliegungen, Stadtklimamessfahrten und lufthygienischen Untersuchungen wurden lokale Windsysteme ermittelt, städtische Wärmeinseln abgegrenzt und Kaltluftentstehungsgebiete und Ventilationsschneisen identifiziert. Die Ergebnisse sind in eine Klimafunktionskarte eingeflossen und wurden in geographische Informationssysteme eingespeist. Es entstanden Planungshinweiskarten, die sowohl bei der Ausweisung von Siedlungsflächen als auch bei der Grünplanung zur Anwendung kommen.

Beispielhaft hierfür ist die Umgestaltung des Rennbahngeländes, nur wenige Schritte von der Neusser Innenstadt entfernt. Diese fast 39 Hektar große Grünfläche wurde in den Jahren 2008/2009 für Freizeit und sportliche Aktivitäten, aber auch für kulturelle Veranstaltungen geöffnet, durch die Neuanlage von Feucht- und Trockenbiotopen, extensiven Mähwiesen und einzelnen gliedernden Hochstaudenfluren ökologisch aufgewertet und in ihrer Funktion als Frischluftschneise und Kaltluftproduktionsfläche gesichert. Die bisherigen Nutzungen, unter anderem für den Pferdesport, wurden erhalten und durch einen Bebauungsplan für die Neuansiedlung bürodienstleistungs- und forschungsorientierter Unternehmen auf einem ehemals durch Stallungen und Parkplätze genutzten Gelände ergänzt. Bei der Gesamtplanung kam der klimatologischen Ausgleichsleistung der Fläche eine zentrale Bedeutung zu. Aus diesem Grund wurden Klimagutachten erstellt und die landschaftsbaulichen Maßnahmen darauf

ausgerichtet, dass die Abkühlungswirkung der Fläche erhalten bleibt und keine Barriere für die Frischluftzufuhr in Richtung Innenstadt entsteht. Auch die neue Bebauung

„Wichtig ist, dass nicht nur die Siedlungsflächenausweisung, sondern auch die Grünplanung hinsichtlich ihrer stadtklimatischen Auswirkungen optimiert wird. Unbedacht platzierte Baugebiete oder Einzelgebäude aber auch andere Windhindernisse wie Waldflächen können die Frischluftzufuhr behindern. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel muss genau geprüft werden, wie und wo die Siedlungsflächen durch Ackerbau, Dauergrünland, Wasserflächen oder Wald jeweils am besten ergänzt werden können.“

Dagmar Vogt-Sädler, Umweltamt Neuss

wurde in Bezug auf Höhe, Anordnung und Versiegelungsgrad so gestaltet, dass sie die stadtklimatische Funktion des Rennbahngeländes nicht beeinträchtigt. Entstanden ist eine multifunktionale Fläche: Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten, Möglichkeiten für Sport, Spiel und Entspannung, Gewerbeflächen sowie innerstädtische Kaltluftproduktionsfläche und Bestandteil eines Frischluftkorridors vom Rhein in Richtung Innenstadt.

Die Erfahrungen in Neuss der letzten 20 Jahre bestätigen, dass bei Vorhandensein einer soliden Datenbasis und klarer stadtklimatischer Ziele der Belang des vorbeugenden Klimaschutzes effektiv in die Bauleit- und Grünplanung eingebracht werden kann.





Urbane Wälder in Leipzig

Wie in anderen Großstädten wird sich der Klimawandel auch in Leipzig vor allem durch steigende Durchschnittstemperaturen sowie die Zunahme von Extremereignissen bemerkbar machen. Vor allem in den verdichteten Bereichen der Kernstadt besteht daher Handlungsbedarf mögliche Hitzebelastungen vorsorgend zu mindern und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Entlastungsmöglichkeiten zu bieten. Diese Funktionen werden in städtischen Räumen vor allem durch sogenannte klimaökologische „Oasen“ oder Komfortinseln erbracht. Grün-, Gehölz- oder Wasserflächen üben eine kühlende Wirkung auf die Umgebung aus, die als Oaseneffekt bezeichnet wird und zu einer Verbesserung der klimatisch-lufthygienischen Bedingungen führt.

Urbane Wälder scheinen in besonderer Art und Weise dazu geeignet sowohl die Vermeidungsfunktion zu erfüllen als auch Ausweichmöglichkeiten bei Hitzestress für die lokale Bevölkerung zu bieten. Sie bilden wohltemperierte, windgeschützte und weniger schadstoffbelastete Erholungsräume, deren Kühlungseffekt sich auch auf die unmittelbare Umgebung auswirkt. Aufgrund der extensiven Gestaltung und Bewirtschaftung sowie der sich entwickelnden Artenvielfalt in den verschiedenen Entwicklungsstadien sind urbane Wälder zudem durch eine hohe Biodiversität gekennzeichnet, die mit intensiv gepflegten, herkömmlichen Grünanlagen kaum zu erreichen ist und daher für den Naturschutz in der Stadt von besonderer Bedeutung sind. Hinzu kommt der mit zunehmendem Alter erzielbare Wert-

zuwachs. Vor dem Hintergrund ökonomischer Engpässe und angesichts von Schrumpfungsprozessen in den Städten werden urbane Wälder damit zunehmend als Alternative zu brachliegenden Flächen oder klassischen Grünflächen wahrgenommen. Die Stadt Leipzig hat sich dazu entschlossen, im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanzierten Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens, die besonderen naturschutzfachlichen, städtebaulichen, rechtlichen und praktischen Bedingungen für die Entwicklung innerstädtischer Waldflächen zu erkunden und Wege für ihre Etablierung in innerstädtischen Räumen aufzuzeigen.

Hierzu wurden zehn besonders geeignete Brachflächen in unterschiedlichen städtebaulichen Kontexten als Modellflächen ausgewählt, auf denen unterschiedliche Typen des urbanen Waldes entwickelt werden können. Der erste 3,8 Hektar große urbane Wald wurde im Juni 2010 auf der ehemaligen Fläche der Stadtgärtnerei zur Nutzung freigegeben. Hierzu mussten zunächst rund 40 Prozent des Geländes entsiegelt werden. Bei der anschließenden Neugestaltung wurden vorhandene Wege, erhaltenswerte Baumgruppen sowie vorhandene Materialien einbezogen und das Flächenraster der ehemaligen Gärtnerei aufgenommen. Fruchtttragende Wildgehölze, die an die ehemalige gärtnerische Nutzung erinnern, mischen sich mit Waldbaumarten. Bereiche zum Spielen, Verweilen und Spaziergehen wurden ebenfalls eingeordnet. Eine weitere Fläche an der Neuen Leipziger Straße wird derzeit zum urbanen Wald umgestaltet. Hier soll im Stadtquartier eine neue grüne Mitte entstehen und zur Vernetzung der Siedlung mit den umgebenden Naturräumen beigetragen.

„Es ist zu erwarten, dass Wälder im Stadtquartier positiven Einfluss auf die Lebensqualität nehmen und einen Beitrag zur Verbesserung der stadtklimatischen und lufthygienischen Situation leisten. Als neue Freiflächenkategorie im unmittelbaren Wohnumfeld stellen sie nicht nur stadtklimatische Oasen und Erholungsflächen dar, sondern können auch weitere Zielstellungen wie die Artenvielfalt und den Stadtumbau unterstützen, indem beispielsweise nachhaltige Nachnutzungen für Brachflächen etabliert werden.“

Regina Dietrich, Stadt Leipzig





Anpassung an den Klimawandel – Neue Herausforderungen für die Freiflächenplanung

Die vorangegangenen Kapitel verdeutlichen, dass die Frage nach den Auswirkungen des Klimawandels und deren Folgen für die in Deutschland lebenden Menschen vor allem auch eine kommunale Frage ist. Neben Maßnahmen zur CO₂-Einsparung, um zur Erreichung des 2° C – Ziels beizutragen, sollten sich die Kommunen daher auch aktiv auf die Folgen des Klimawandels einstellen. Der Entwicklung innerstädtischer Grün- und Freiflächen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Ihre Wirkung auf das Stadtklima und die Lebensqualität gilt mittlerweile als unbestritten. Diese Erkenntnisse auch in die Stadtplanung einzubeziehen, bleibt dennoch eine große Herausforderung.

Impulse und Unterstützung für konkrete Maßnahmen vor Ort erhalten die Kommunen von Seiten des Bundes. Am 17. Dezember 2008 hat das Bundeskabinett die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) beschlossen. Wesentliches Ziel der DAS ist es, die Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen zu stärken, damit sie für die Zukunft vorbereitet sind. Für Kommunen und andere Akteure stellt die Strategie einen wichtigen Orientierungspunkt dar, an dem sie ihre eigenen Aktivitäten ausrichten können. Für insgesamt 15 Handlungsfelder werden Klimafolgen konkretisiert und Handlungsoptionen erörtert. Hierzu zählen unter anderem die biologische Vielfalt, menschliche Gesundheit, Bauwesen sowie das Querschnittsthema Raum-, Regional- und Bauleitplanung. Das „Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung“ (KomPass) im Umweltbundesamt in Dessau wurde als Wegweiser und Ansprechpartner für Anpassungsaktivitäten in Deutschland eingerichtet. Außerdem wurde ein Förderprogramm¹⁰ aufgelegt, mit

dem die Fähigkeit gesellschaftlicher Akteure zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene verbessert werden soll. Gefördert werden unter anderem Maßnahmen im Bereich der Umweltbildung, kommunale Leuchtturmvorhaben sowie interkommunale oder regionale Kooperationen.

Im Zusammenhang mit der Klimawandelanpassung bietet sich auch eine Verknüpfung mit Fragen der Umweltgerechtigkeit an: Denn nicht nur global betrachtet, auch in unseren Städten werden vor allem die ohnehin bereits benachteiligten Menschen unter den Folgen des Klimawandels leiden. Das unmittelbare Lebensumfeld sozial und ökonomisch benachteiligter Menschen ist häufig durch einen hohen Versiegelungsgrad und eine chronische Unterversorgung mit öffentlichen Grün- und Freiflächen geprägt. Vor allem für die dort lebenden älteren Menschen stellen steigende Durchschnittstemperaturen und zunehmende Hitzewellen eine enorme Gesundheitsgefährdung dar. Die Erhebung und Verknüpfung solcher Sozial- und Umweltdaten bildet somit eine weitere Herausforderung für die Kommunen.

¹⁰ Mehr Informationen zum Förderprogramm finden Sie unter: www.bmu.de/foerderprogramme/anpassung_an_die_folgen_des_klimawandels/doc/47882.php

BLICK NACH VORN – IDEEN UND ANREGUNGEN FÜR DIE BÜNDNISARBEIT*

- Entwicklung von Handlungsanleitungen zur Berücksichtigung von stadtklimatischen Zielen in der kommunalen Planung
- Einsatz für die Einführung von Schwellenwerten zum Verdichtungsgrad im Siedlungsbereich im Sinne einer doppelten Innenentwicklung
- Zusammenstellung von Hintergrundinformationen zur klimatischen Ausgleichsfunktion von Bäumen oder zur Zusammenstellung von Saatgut und Gehölzen vor dem Hintergrund des Klimawandels
- Sammlung guter Beispiele zur Neuanlage oder Umgestaltung von Grünflächen unter Berücksichtigung stadtklimatischer Zielsetzungen.
- Hilfestellungen bei der Durchführung von Stadtklimauntersuchungen, der Erstellung eines Stadtklimakatasters sowie der Erarbeitung von Klimafunktionskarten

* Ergebnisse der Workshops im Rahmen des Fachkongresses „Biologische Vielfalt in Kommunen“ am 1./2. Februar 2012 in Frankfurt am Main.





Biodiversitätsmonitoring

Während demographische Entwicklungen und andere soziale Veränderungen in einer Kommune meist umfassend bekannt sind, ist das Wissen um die ökologischen Veränderungen meist nur lückenhaft dokumentiert. Dabei wird das Leben der in den Kommunen lebenden Menschen maßgeblich von den ökologischen Rahmenbedingungen bestimmt. Nicht versiegelte Flächen leisten einen Beitrag zum Hochwasserschutz, eine hohe Bodenqualität sichert die Grundwasserqualität, gesunde Vegetation sorgt für Filterung von Luftschadstoffen, CO₂-Bindung und puffert das Kleinklima innerhalb der Bebauung. Unabhängig davon, ob diese Leistungen durch Grün- und Freiflächen innerhalb des Siedlungsbereichs oder als „Exportleistungen“ suburbaner Kulturlandschaften¹¹ erbracht werden, stellt das Wissen um die Biodiversität vor Ort eine zentrale Voraussetzung für deren Erhalt und Nutzbarmachung dar.

Zur Erfassung der biologischen Vielfalt in den Kommunen gibt es unterschiedliche Ansätze: Grundsätzlich sollte sich

eine Reihe von Indikatoren in den Bereichen „heimische Biodiversität“, „Ökosystemdienstleistungen“ sowie „kommunales Handeln und Management“. Der City Biodiversity Index wurde jedoch vornehmlich für Großstädte entwickelt und eignet sich daher weniger für kleinere Kommunen des ländlichen Raums. Für alle Kommunen gelten die gesetzlich vorgeschriebenen Monitoring-Instrumente im Rahmen der Bauleitplanung, deren Möglichkeiten es auszuschöpfen gilt. Diese beziehen sie sich jedoch häufig auf Einzelaspekte, die im Rahmen der kommunalen Planungen noch besser integriert werden sollten.

Die Biotopkartierung oder andere Indikatorensets stellen hilfreiche Instrumente für die Selbstbewertung beziehungsweise Selbsteinschätzung des aktuellen Zustands der lokalen Artenvielfalt und damit wichtige Planungs- und Entscheidungshilfen dar. Bei kontinuierlicher Fortschreibung lassen sich Entwicklungen auch über längere Zeiträume beobachten und somit positive Entwicklungstrends darstellen, aber auch Fehlentwicklungen aufzeigen. Aus den Ergebnissen können Richt- und Zielwerte abgeleitet sowie Leitbilder und konkrete Umsetzungsmaßnahmen entwickelt werden. Unabhängig davon, welchen Ansatz eine Kommune im konkreten Einzelfall verfolgt, bildet eine

umfassende Bestandsaufnahme der lokalen Artenvielfalt eine zentrale Voraussetzung zur Entwicklung konkreter Biodiversitätsstrategien.

„Nur wenn sich die Kommunen ihrer Stärken und Schwächen bewusst sind, können sie im Rahmen einer Biodiversitätsstrategie auch angemessen darauf reagieren. Um die konkreten Ergebnisse einzelner Maßnahmen oder ganzer Strategien bewerten zu können, bedarf es eines Monitorings und dessen regelmäßiger Fortschreibung.“

Peter Werner, Institut Wohnen und Umwelt GmbH

ein Biodiversitätsmonitoring jedoch an der Erfassung des Zustandes der Lebensräume und der darin lebenden Arten orientieren und möglichst auch Informationen über die Fläche der Lebensräume, die Diversität, die Verbreitung und Abundanz der Arten sowie die Bereitstellung von ökosystemaren Dienstleistungen liefern¹². Neben umfassenden Konzepten, existieren hierfür auch zahlreiche Ansätze, die sich auf einzelne Arten oder spezielle Lebensräume konzentrieren.

Bereits seit den 1980er und 1990er Jahren werden in vielen deutschen Kommunen Biotopkartierungen durchgeführt – sowohl in den städtischen Gebieten als auch im ländlichen Raum. Diese sind in der Regel als Bestandsaufnahme der lokalen Artenvielfalt konzipiert und dienen als Grundlage für eine naturschutzorientierte Planung. Gerade in Landschafts- und Grünordnungsplänen finden die Biotopkartierungen Eingang, aber auch im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsplanung sowie bei Festsetzungen in Bebauungsplänen werden sie berücksichtigt. Ein weiterer Ansatz für die Erfassung der Natur vor Ort ist der City Biodiversity Index. Dieses international entwickelte Indikatorenset beinhaltet neben einem allgemeinen Stadtprofil

¹¹ vgl. Breuste (2012): Stadt in der Landschaft, Landschaft in der Stadt? Seite 10.
¹² vgl. BfN (2012): Monitoring der biologischen Vielfalt im Agrarbereich. Seite 9.





„Mehr Natur in der Stadt“ – Das Biodiversitätsprogramm der Landeshauptstadt Hannover

Ein „grünes“, abwechslungsreiches Wohn- und Arbeitsumfeld gilt in der Landeshauptstadt Hannover als zentrale Voraussetzung für hohe Lebensqualität. Die Stadt hat daraus Konsequenzen gezogen und die Biodiversität zu einem grundlegenden Ziel im derzeitigen Stadtentwicklungsprozess gemacht. Mit dem Biodiversitätsprogramm „Mehr Natur in der Stadt“ setzt sie sich auf vielfältige Weise dafür ein, die biologische Vielfalt im Stadtgebiet zu schützen und die Bevölkerung dafür zu begeistern.

So werden beispielsweise Fließgewässer weitestgehend naturnah gestaltet, wobei die natürliche Eigendynamik konsequent in die Gewässerunterhaltung integriert wird. Der Stadtwald ist FSC/Naturland-zertifiziert und es sind circa 15 Prozent als Naturwaldparzellen aus der Nutzung genommen. Dies hat bereits zu sichtbar erhöhtem Totholzvorkommen und der Rückkehr der dafür typischen Lebensgemeinschaften geführt. Auf Grünflächen lösen immer häufiger naturnahe „wilde“ Bereiche die intensiv gepflegten Rasenflächen ab. Mit dem Innenhof- und Wohnumfeld-Programm werden auch die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt, die Wohngebiete grüner zu gestalten. Speziell für den Außenbereich wurden mehrere Maßnahmenprogramme aufgelegt, in deren Rahmen Kleingewässer angelegt, Gehölze gepflanzt, Ackerwildkräuter geschützt, Grünlandwirtschaft extensiviert und Ökolandbau gefördert werden. Um die genetische Vielfalt der Pflanzenwelt zu erhalten, zieht die städtische Baumschule gebietsheimisches Pflanzenmaterial heran. Einen Schritt weiter geht das Pflanzenartenhilfsprogramm: Auf 118 eigens ausgewählten Flächen werden ehemalige Standorte von seltenen Pflanzen erfolgreich reaktiviert. Die laufend durchgeführten Erfolgskontrollen belegen eindrucksvoll die Ausbreitung seltener Farn- und Blütenpflanzen.

Neben all diesen direkten Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt gibt es ein weiteres ausgewiesene



nes Ziel im Hannoverschen Biodiversitätsprogramm: Die Menschen sollen für die Natur begeistert werden. Dafür wird eine ganze Reihe von Einrichtungen und Aktionen angeboten, wie beispielsweise das Waldhochhaus in der

„Eine wirkungsvolle Biodiversitätsstrategie muss auf soliden politischen Beinen stehen. Öffentliche oder politische Unterstützung wird sich jedoch nicht per se einstellen, sondern muss aktiv erzeugt werden. Anhörungen in den entsprechenden Fachausschüssen zum Thema Biodiversität sowie Exkursionen, um beispielhafte Projekte in anderen Kommunen kennenzulernen, können hierzu einen Beitrag leisten.“

Ulrich Schmersow, Landeshauptstadt Hannover

Waldstation Eilenriede. Dort wurde das bewährte Konzept eines Naturerlebnispfades in die Vertikale gebracht: Ein 32 Meter hoher Turm aus Holz und Stahl ragt aus den Baumwipfeln hinaus und macht den Lebensraum Baum mit all seinen tierischen Bewohnern erlebbar. Das Wald-Hochhaus ist zu einem Besuchermagneten für Groß und Klein geworden. Weitere außergewöhnliche Einrichtungen mit durchdachten pädagogischen Konzepten, wie Kinderwald, Stadtteilbauernhof und Schulbiologiezentrum, sind im Stadtgebiet verteilt und vermitteln die Bedeutung der Biodiversität und die Notwendigkeit ihres Schutzes.

Die Biodiversitätsstrategie „Mehr Natur in der Stadt“ gilt heute bundesweit als Vorzeigeprojekt mit herausragenden Ergebnissen. Nicht zuletzt ihr ist es zu verdanken, dass sich Hannover heute offiziell als „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ bezeichnen darf.



Die erste lokale Biodiversitätsstrategie Bayerns

Als eine der wenigen Städte in Deutschland nahm Landshut die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ der Bundesregierung und die Bayerische Biodiversitätsstrategie zum Anlass, ebenfalls eine solche Strategie zu erstellen. Im Juli 2010 wurde die Verwaltung

Ein maßgeblicher Schwerpunktbereich der Strategie ist die Wiederherstellung der biologischen Durchgängigkeit der Isar im Stadtgebiet. Eine Fischaufstiegshilfe wurde auf der Mühleninsel errichtet und ein Verbindungsgerinne in den im Westen der Stadt gelegenen oberen Isarauen ge-

„Bei der Umsetzung von Maßnahmen und deren Kommunikation können wir immer wieder auf unsere kommunale Biodiversitätsstrategie und die damit verbundenen Grundsatzbeschlüsse zurückgreifen, auch gegenüber dem Rat. Außerdem sind einige Finanzierungsinstrumente auf Landesebene durch die Strategie leichter zugänglich geworden.“
Hans Ritthaler, Stadt Landshut

vom Umweltsenat der Stadt damit beauftragt, eine lokale Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten, welche im Oktober des selben Jahres fertig gestellt und vom Rat beschlossen wurde. Eine emotionale Ansprache, die Formulierung von allgemeinverständlichen Zielen und das frühe Einbeziehen aller relevanten örtlichen Akteure haben sich dabei von Beginn an als erfolgreiche Herangehensweise bewährt. Auch dass die Strategie an bereits laufende Projekte anknüpfen konnte, hat wesentlich zu deren Erfolg und Akzeptanz beigetragen: Erfolge aus bereits bestehenden und gut laufenden Projekten konnten immer wieder in die Entwicklung der Biodiversitätsstrategie einfließen und den Bürgerinnen und Bürgern veranschaulichen, wohin der eingeschlagene Weg führt. Der große Rückhalt der Biodiversitätsstrategie in der Bevölkerung zeigt sich unter anderem an deren engagierter Beteiligung im Rahmen unterschiedlicher Umsetzungsprojekte: Beispielsweise des Diakonischen Werks bei der Nachzucht seltener Pflanzen aus autochthonem Saatgut oder der Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Schönbrunn, die im FFH-Gebiet Isarleiten praktische Naturschutzarbeit geleistet haben.

schaffen. Auch an anderer Stelle werden der Natur neue Wege in ehemals von Menschenhand gestaltete und genutzte Flächen bereitet. So wurde beispielsweise eine drei Hektar große Fläche, die der Orkan Emma im März 2008 verwüstete, sich selbst überlassen, um ein sogenanntes „Wildnisgebiet“ zu schaffen, wie es die Landshuter Biodiversitätsstrategie fordert. Für viele Landshuter war dies ein ungewohnter Anblick – erheblicher Widerstand gegen die „schlampige“ Waldfläche regte sich. Doch die Biodiversitätsstrategie setzte sich durch, was als weiterer Beleg für deren großen Rückhalt in der Bevölkerung bewertet werden kann.

Ein attraktives Wohnumfeld durch eine gute Naturlausstattung gehört zu den weichen Standortfaktoren. Der Schutz der Biodiversität ist also kein Selbstzweck, sondern kommt dem Wohl der Gemeinde zugute. Diese neue Sichtweise auf den Naturschutz ist als einer der größten Erfolge der Strategie zu werten. Auch die Tatsache, dass der Schutz der biologischen Vielfalt inzwischen auch in die Wirtschaft Einzug gehalten hat und ansässige Unternehmen mehr und mehr Natur auf ihren Firmengeländen zulassen, lässt sich unmittelbar mit der Strategie in Verbindung bringen. Damit auch in Zukunft weitere Erfolge erzielt werden, wurde ein runder Tisch mit Ehrenamtlichen eingerichtet, der nicht nur die Stadtverwaltung durch wertvolle Hinweise und örtliches Expertenwissen unterstützt, sondern auch die Strategie durch ein Monitoring begleitet.





Biodiversitätsstrategien – Vom Konzept zur Umsetzung

Kommunen tragen eine hohe Verantwortung für den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt und damit für die lokale Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt. Um nachhaltig und effizient einen effektiven Schutz der örtlichen Biodiversität zu erreichen, ist ein planerisches Vorgehen unerlässlich. In vielen Kommunen sind bereits Biodiversitätsstrategien erstellt worden, derzeit in Bearbeitung oder für die Zukunft geplant.



Der konzeptionelle Ansatz solcher Strategien bietet den Kommunen zahlreiche Vorteile: Übergeordnete Ziele werden formuliert und Einzelprojekte in einen größeren Zusammenhang gestellt. Mit der Verabschiedung einer Biodiversitätsstrategie durch die entsprechenden politischen Gremien wird ein hohes Maß an Verbindlichkeit und politischer Unterstützung geschaffen. Dies verleiht dem Schutz der Biodiversität nicht nur an Bedeutung, es verhilft dem amtlichen sowie ehrenamtlichen Naturschutz auch an Argumentationsstärke und Schlagkraft. Wenn Biodiversitätsstrategien zudem mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten verbunden sind, können Lücken aufgedeckt und strategisch ausgefüllt werden.

Entscheidend für die Umsetzung kommunaler Biodiversitätsstrategien ist die frühzeitige Einbindung der lokalen



Naturschutzverbände sowie der Bevölkerung. Öffentlichkeitsarbeit sollte bereits die Entwicklungsphase der Strategie begleiten und Daten und Wissen auf eine Weise vermitteln, die die Menschen erreicht. Einige Kommunen haben hierzu erfolgreich auf die Kompetenz externer Kommunikationsbüros zurückgegriffen. Wichtig für die breite Akzeptanz einer Biodiversitätsstrategie ist zudem, dass Maßnahmen rasch umgesetzt und öffentlich sichtbar gemacht werden. Natur sollte dabei in das Lebensumfeld der Menschen gebracht werden, so dass sie unmittelbar erlebbar wird.

Kommune ist jedoch nicht gleich Kommune und die Voraussetzungen für die Förderung lokaler Biodiversität unterscheiden sich teils erheblich. Städte und Gemeinden mit starkem Nutzungsdruck müssen andere Wege zur Aufwertung der Grünstrukturen und Entwicklung der Biodiversität einschlagen als jene, die auf ein zum Teil wachsendes Potenzial an Brachflächen zurückgreifen können. Auch für Kommunen des ländlichen Raums gelten andere Voraussetzungen als für Großstädte oder Ballungsräume. Ein wichtiger begleitender Baustein erfolgreicher Biodiversitätsstrategien stellt somit das konkrete Wissen um die biologische Vielfalt sowie die räumlich-strukturelle Ausstattung mit „Grün“ und die Evaluation als durchgängiges Controlling-Instrument dar.

BLICK NACH VORN – IDEEN UND ANREGUNGEN FÜR DIE BÜNDNISARBEIT*

- Erarbeitung einer Handreichung zum Erstellungsprozess einer Biodiversitätsstrategie
- Zielgruppenspezifische Entwicklung von Kommunikationsstrategien zur Vermittlung des Themas „Schutz der Biodiversität“ für die Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik, Bürgerinnen und Bürger, Landnutzer, Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbe und deren Verbände
- Einsatz für die Berücksichtigung und Förderung der biologischen Vielfalt in Städtebau- und anderen Förderprogrammen
- Erschließung von Finanzierungsinstrumenten
- Förderung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in den Kommunen (Grün-, Umwelt-, Stadtentwicklungs-, Jugend-, Gesundheits-, Sozialverwaltung)

* Ergebnisse der Workshops im Rahmen des Fachkongresses „Biologische Vielfalt in Kommunen“ am 1./2. Februar 2012 in Frankfurt am Main.



Naturbewusstsein

Für viele Kommunen spielt die Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung eine zentrale Rolle in ihrer Arbeit für den Naturschutz: Sie geben Pressemitteilungen heraus, berichten im amtlichen Mitteilungsblatt über ihre Aktivitäten und auch die Internetseiten einer Kommune übernehmen zunehmend eine wichtige Funktion bei der Information von Bürgerinnen und Bürgern über den Naturschutz vor Ort. Darüber hinaus werden Mediationsveranstaltungen

auf das Naturbewusstsein und erhebliche Abweichungen zwischen Naturbewusstsein und konkretem Handeln zeigt. Distanz zur Natur geht demnach vielfach mit sozialer Benachteiligung einher. Personen, die aufgrund eines niedrigen Bildungsstandes und/oder Einkommens ohnehin den Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream verlieren, können dessen Normen häufig auch in Bezug auf den Naturschutz nicht mehr erfüllen. Außerdem wird ein

„Um Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen zu erreichen, die nicht nur auf den Erhalt schöner Landschaftselemente oder sympathischer Tiere abzielen, gilt es neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung zu beschreiten. Auch sind Zielgruppen in den Blick zu nehmen, die mit den bisherigen, überwiegend auf die besser gebildete deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung ausgerichteten, Angeboten nicht erreicht wurden.“

Dr. Silke Kleinhüchelkotten, ECOLOG-Institut

gen und Expertenhearings durchgeführt oder Zukunftswerkstätten veranstaltet, um die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen. Naturerlebnispfade, Patenschaften für Bäche oder Bäume sowie andere Gemeinschaftsgüter sorgen zudem für unmittelbare Naturerfahrungen. Neben dem Kopf (Wissen) werden so auch das Herz (Einstellung) und die Sinne (Erfahrungen) erreicht.

Um die eigene Bevölkerung für die Belange der biologischen Vielfalt zu sensibilisieren und zu begeistern, stehen den Kommunen also eine Vielzahl unterschiedlichster Ansätze und Maßnahmen zur Verfügung, die in der Bevölkerung auf positive Resonanz treffen. Laut der „Naturbewusstseinsstudie 2009“¹³ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Bundesamts für Naturschutz gehört Natur für die Deutschen zu einem guten Leben dazu: Sie wird mit Lebensqualität, Gesundheit, Erholung und Vielfalt in Verbindung gebracht und ist fast durchgängig positiv besetzt¹⁴. Dementsprechend haben drei Viertel der im Rahmen der Naturbewusstseinsstudie befragten Personen angegeben, dass sie den Erhalt der biologischen Vielfalt als eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe ansehen und mehr als 50 Prozent fühlen sich persönlich für den Erhalt der biologischen Vielfalt verantwortlich¹⁵. Auch die unmittelbare Naturerfahrung scheint den Deutschen ein hohes Gut: Knapp 80 Prozent gehen eigenen Aussagen zufolge mindestens einmal pro Woche in die Natur und suchen dabei neben Wäldern und Wiesen, vor allem private Gärten sowie öffentliche Park- und Grünanlagen auf¹⁶. Auf den ersten Blick scheint also ein enormes Potenzial vorhanden, das es durch entsprechende Maßnahmen zu befördern gilt.

Bei genauerer Betrachtung ergibt sich jedoch ein differenziertes Bild, das soziodemographische Unterschiede in Be-

distanziertes Verhältnis gegenüber der Natur häufig auch an die Kinder weitergegeben, denen damit eine wichtige Erfahrungswelt verschlossen bleibt¹⁷. Unabhängig dieser sozialen Unterschiede zeigen die Umfrageergebnisse auch, dass ein großer Teil der Bevölkerung keine sehr hohen Anforderungen an die Natürlichkeit „ihrer Natur“ stellt.



¹³ BMU/BfN (2010): Naturbewusstsein 2009. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Bonn.

¹⁴ vgl. ebd. Seite 32.

¹⁵ vgl. ebd. Seite 18/19.

¹⁶ vgl. ebd. Seite 33.

¹⁷ vgl. ebd. Seite 64.



Molche, Drachen, Apfelsaft – Natur erleben und Menschen begeistern

U nweit der Kernstadt bestehen in Frankfurt am Main vielfältige Möglichkeiten, Natur zu erleben, sich in ausgedehnten Wiesen und Wäldern zu erholen und die Vielfalt an Pflanzen und Tieren zu entdecken, die die unmittelbare Umgebung der Großstadt bevölkern. Frankfurt ist umringt von naturbelassenen Flussauen, artenreichen Wäldern und weitläufigen Streuobstwiesen. Als Landschaftsschutzgebiet ist dieser Frankfurter GrünGürtel von



der Stadtbebauung ausgenommen und steht dauerhaft der Frankfurter Bevölkerung als Naherholungsgebiet zur Verfügung. Zudem gibt es in jedem dieser Landschaftsräume eine Lernstation, in der man durch Kurse und Exkursionen viel über die Besonderheiten der örtlichen Natur erfährt. Ergänzt werden die Lernstationen durch das Veranstaltungsprogramm „Entdecken, Forschen und Lernen im Frankfurter GrünGürtel“, das mit jährlich wechselnden Themenschwerpunkten Kinder und Erwachsene erfolgreich

in den GrünGürtel lockt. So wird die Umgebung von Frankfurt zum Standort für das Erleben und Erforschen der heimischen Natur. Hier können die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner hautnah die Bedeutung von biologischer Vielfalt und intakter Natur erleben. Die heimische Natur wird somit vom Ausflugsziel zum persönlichen Anliegen.

So wünschenswert es ist, gerade Stadtmenschen verstärkt in die Natur zu bringen: Nutzungskonflikte bleiben dabei nicht aus. Geschützte Pflanzen werden gepflückt oder zertreten, Müll wird nicht ordnungsgemäß entsorgt oder Brutvögel werden bei der Kükenaufzucht gestört. Auch erreichen das Umweltamt immer wieder Klagen, dass Äpfel in großen Mengen von vermeintlich herrenlosen Obstbäumen gepflückt wurden. Viele dieser Konflikte sind jedoch nicht auf Mutwillen, sondern vor allem auf Unwissenheit zurückzuführen. Oft treten sie auch nur temporär auf, wie während der Brutzeit oder eben zur Apfeleiernte. In Frankfurt wird daher selten auf Verbotsschilder und dauerhafte Restriktionen, sondern vielmehr auf dynamische Formen der Aufklärung gesetzt. Im Flussauen-Lernort Alter Flug-

platz Bonames/Kalbach wurde zum Beispiel ein Lotsenprojekt ins Leben gerufen, bei dem an hochfrequentierten Tagen geschulte ehrenamtliche Lotsen auf Highlights der Natur aufmerksam machen, aber auch auf falsches Verhalten hinweisen und so unnötige Schädigungen verhindern.

„Wir versuchen die Bevölkerung immer wieder direkt anzusprechen und zu motivieren, die Natur der Stadt aktiv zu nutzen, zu schützen und zu fördern. Mit einer breit angelegten und innovativen Öffentlichkeitsarbeit machen wir die Frankfurter darauf aufmerksam, dass unsere Stadt eine vielfältige Umwelt zu bieten hat, die zur Erkundung einlädt. Diese Umwelt steht täglich zur Verfügung, doch deren Fortbestehen ist nicht selbstverständlich.“

Klaus Hoppe, Stadt Frankfurt am Main



Faszination Biodiversität: Wie in Eckernförde Natur erlebbar wird

Als 2007 das Naturfilmfestival GreenScreen von einer Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal auf die Beine gestellt wurde, konnte niemand ahnen, dass die Veranstaltung derart „einschlagen“ und in den folgenden Jahren stetig wachsen würde. Inzwischen ist GreenScreen das größte internationale Naturfilmfestival des europäischen Festlandes und eine feste Größe im jährlichen Veranstaltungskalender der Stadt. Gezeigt werden klassische Naturfilme und thematische Kurzfilme, oft von den Filmemachern selbst präsentiert. Die Bürgerinnen und Bürger aus Eckernförde und der Region können so nicht nur eine virtuelle Reise zu den entlegensten Naturschauplätzen der Welt unternehmen, sondern auch mit den Filmemachern diskutieren, was Zuschauer und Film-schaffende gleichermaßen schätzen.

Doch auch außerhalb der Welt des Films bieten sich in Eckernförde viele Möglichkeiten, wie Anwohner und Besucher die Natur und Umwelt mit allen Sinnen wahrnehmen und entdecken können. Aufgrund seiner Küstenlage ist das Meer in Eckernförde überall präsent. Wer mehr über das Leben in und auf der Ostsee wissen möchte, wird im Ostsee Info-Center fündig. Hier kann man nicht nur Fische in Aquarien beobachten, im Fühlbecken gibt es auch Krabben und Seesterne zu fühlen und buchstäblich zu „begreifen“. Darüber hinaus sind viele Führungen im Angebot, die Kinder und Erwachsene in die Natur bringen: Mit dem Käscher an den Strand oder mit der Wathose direkt in die Ostsee.

In diesem Sinne werden in Eckernförde auch Wohngebiete gestaltet: Im Zuge von vielen Neuausweisungen wurden angrenzende Äcker in Blumenwiesen, Regenrückhaltebecken in naturnahe Seen und verrohrte Bachläufe in oberirdische Gewässer umgewandelt. Kinder in diesen Wohngebieten und im Rest Eckernfördes haben es nicht weit

zu einem Ort, wo sie herumtollen, sich verstecken und an Bachläufen spielen können. Und gleichzeitig wird die Überschwemmungsgefahr minimiert, das Stadtklima positiv beeinflusst, das Image der Stadt gefördert und die biologische Vielfalt geschützt.

„Es reicht nicht, wenn man Natur nur von ferne sehen und von außen betrachten kann. Natur muss unmittelbar erlebbar sein: Die Blumen müssen gerochen, die Wucht der Wellen am Strand gespürt, die Farben und Formen einer Muschel in der Hand bewundert werden. Wer einmal einen Baum erklettert hat, weiß diesen Baum anders zu schätzen. Wer einmal durch das Dickicht eines naturnahen Waldrandes gestreift ist, nimmt Wald ganz anders wahr.“

Michael Packschies, Stadt Eckernförde





Neue Wege in der Umweltbildung – Näher an Mensch und Natur

Trotz der komplexen Sachlage, die sich aus den Ergebnissen der Naturbewusstseinsstudie ergibt, lassen sich aus der Studie sowie den vorgestellten Praxisbeispielen wertvolle Erkenntnisse für die Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung auf kommunaler Ebene gewinnen.

Vor der konkreten Maßnahmenplanung steht zunächst die Frage nach der jeweiligen Zielgruppe. Wer soll durch Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung erreicht und welche Wirkung soll damit erzielt werden? Kinder sind eine klassische, relativ einfach zu erreichende Zielgruppe, über die auch weitere Familienmitglieder und andere Bezugspersonen erreicht werden können. Weniger etablierte Zielgruppen sind beispielsweise Unternehmen, Sportvereine oder der Tourismus. Aber auch Stadträtinnen und Stadträte sowie (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister sollten regelmäßig möglichst vor Ort über die kommunalen Naturschutzprojekte informiert werden. Um der Lebenswelt der Zielgruppen näher zu kommen und auf die unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen von Natur entsprechend eingehen zu können, sollte auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu allgemeinen Wertorientierungen, milieugerechten Kommunikationsansätzen oder Lebensstilpräferenzen zurückgegriffen werden. Die Naturbewusstseinsstudie zeigt beispielsweise, dass eher naturferne Zielgruppen Natur vor allem als Kulisse für Erlebnis, Spaß und Abenteuer begreifen und mit klassischen Ansätzen der Umweltbildung kaum dauerhaft für den Naturschutz zu gewinnen sind¹⁸.

Auch die Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und konkretem umweltfreundlichem Handeln verdeutlicht, dass Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit sich nicht auf die klassische Form der reinen Wissensvermittlung oder formellen Beteiligung beschränken darf. Immer mehr rückt das positive Erleben und das eigene Gestalten von Natur in den Vordergrund. Gerade bei Kindern und Jugendlichen kann sich durch intensive Naturerfahrungen frühzeitig eine positive Mensch-Natur-Beziehung entwickeln. Die Kombination von Maßnahmen der Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit mit konkreten Naturschutzprojekten vor Ort erscheint in dieser Hinsicht als aussichtsreicher Ansatz. Inhalte werden dann nicht mehr „nur“ gelernt, sondern mit allen Sinnen erlebt.

Die Kommunen sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ihren Bürgerinnen und Bürgern positive Beispiele für eine naturnahe Gestaltung und Pflege vermitteln. Werden die kommunalen Naturschutzmaßnahmen gleichzeitig durch Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und Bürgerbeteiligung begleitet, kann dies nicht nur zu einer höheren Akzeptanz naturnaher Grünflächen beitragen, sondern auch das individuelle Handeln der Bürgerinnen und Bürger

beeinflussen – im Optimalfall werden die Ideen auf den eigenen Garten übertragen. Durch die Beteiligung an kommunalen Naturschutzprojekten oder die Umsetzung einzelner Elemente im privaten Bereich können Hemmschwellen abgebaut und Begeisterung für den Naturschutz geweckt werden.

¹⁸ vgl. BMU/BfN (2010): Naturbewusstsein 2009. Seite 65.



BLICK NACH VORN – IDEEN UND ANREGUNGEN FÜR DIE BÜNDNISARBEIT*

- Bereitstellung von Informationen zu Förderinstrumenten für kommunale Naturschutzprojekte
- Online-Forum zum Erfahrungsaustausch zur naturnahen Gestaltung öffentlicher Grünflächen
- Online bereitgestelltes Infomaterial zu Biodiversität und deren Schutz mit kommunalen Best Practice-Beispielen (z.B. PowerPoint Präsentationen zu verschiedenen Themen, die dann für die eigene Arbeit angepasst und verwendet werden können)
- Entwicklung einer Ausstellung mit einem gemeinsamen Basisteil, der in allen Kommunen genutzt werden kann
- Gewinnung neuer Bündnismitglieder und weiterer Partner wie beispielsweise ehrenamtliche Kartierer oder Wissenschaft etc.

* Ergebnisse der Workshops im Rahmen des Fachkongresses „Biologische Vielfalt in Kommunen“ am 1./2. Februar 2012 in Frankfurt am Main.

Unser Bündnis für die Natur

Mit der Gründung des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. haben sich die Kommunen inhaltlich, konzeptionell und strukturell eine hervorragende Ausgangslage geschaffen, um sich in Zukunft gemeinsam erfolgreich für den Naturschutz zu engagieren.

Ein wichtiges Ziel des Bündnisses ist es, die kommunalen Interessen beim Schutz der biologischen Vielfalt in europäische, nationale und subnationale Regulierungsprozesse hinein zu vermitteln. Voraussetzung für eine effektive Vertretung sind gemeinsame Positionen, die vom Bündnis und seinen Mitgliederkommunen getragen werden. Diesbezüglich besteht mit der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ eine konsensfähige Grundlage, welche als naturschutzfachlicher Maßstab und Ausgangspunkt für weitergehende Positionen heranzuziehen ist. Für deren Erarbeitung und Ausformulierung, beispielsweise im Rahmen von Positionspapieren, sollen ab dem Jahr 2013 themenspezifische Arbeitskreise eingerichtet werden. Auf diese Weise werden wir uns eine breite inhaltliche Grundlage schaffen, die es uns ermöglichen wird, schnell auf politische Entwicklungen zu reagieren.

Darüber hinaus gilt es, die Naturschutzarbeit vor Ort zu unterstützen. Praxiserfolge von engagierten Kommunen wird das Bündnis über Broschüren und Pressearbeit bundesweit sichtbar machen. Auch Fortbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie gemeinsame Projekte zur Förderung des kommunalen Naturschutzes stehen auf der Agenda. Bestehende Dienstleistungen wie der Newsletter „Biologische Vielfalt in Kommunen“ oder die Internetseiten des Bündnisses werden fortlaufend

überarbeitet und erweitert. Die Themen dieser Broschüre sowie die darin enthaltenen Anregungen werden wir bei unseren Aktivitäten mit berücksichtigen. Zu vielen Themen liegen bereits zahlreiche Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung vor, die es für die kommunale Praxis zugänglich und nutzbar zu machen gilt. Mit diesen Angeboten wollen wir noch mehr Kommunen zum Bündnisbeitritt motivieren: Denn je mehr Landkreise, Städte und Gemeinden dem Bündnis beitreten, desto mehr können wir gemeinsam für den Erhalt der biologischen Vielfalt bewirken.

Mit der Bündnisgründung sind große Hoffnungen verbunden. Um erfolgreich die anvisierten Ziele zu erreichen, bedarf es jedoch der Unterstützung von Seiten der Politik, der Wissenschaft, der Umweltverbände sowie der lokalen Bevölkerung. Bund- und Länder müssen die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und die Kommunen auch finanziell unterstützen. Wissenschaftliche Studien schaffen die naturschutzfachlichen Grundlagen für den kommunalen Naturschutz und die Naturschutzverbände können entscheidende Impulse für deren Umsetzung auf kommunaler Ebene geben. Hierzu streben wir eine enge Zusammenarbeit mit anderen im Naturschutz und auf kommunaler Ebene relevanten Akteuren an. Und nicht zuletzt kommt es auf das Engagement der lokalen Bevölkerung an. Nur wenn jeder Einzelne die in seiner Kommune formulierten Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt mitträgt und sich aktiv für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzt, können die ambitionierten Ziele auch erreicht werden.



Werden auch Sie Mitglied!

Alles Wissenswerte rund um das Bündnis sowie Beitrittsformulare finden Sie unter:

www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de

Anregungen und Rückfragen richten Sie bitte an unsere Geschäftsstelle in Radolfzell.

Literaturverzeichnis und Bildnachweis

Literaturverzeichnis:

Breuste, Jürgen H. (2012): Stadt in der Landschaft, Landschaft in der Stadt? Der suburbane Raum in ökologischer Perspektive. In: Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Denkanstöße. Stadtlandschaft – die Kulturlandschaft von Morgen? Heft 9. Januar 2012. Mainz. Seite 6-17.

Bundesamt für Naturschutz (2012): Monitoring der biologischen Vielfalt im Agrarbereich. Bonn

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2010): Indikatorenbericht 2010 zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Bundesamt für Naturschutz (2010): Naturbewusstseinsstudie 2009. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Bonn.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2009): Klimawandelgerechte Stadtentwicklung. Wirkfolgen des Klimawandels. Bonn.

Ingo Kowarik (1992): Das Besondere der städtischen Vegetation. In: Natur in der Stadt. Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landschaftspflege, Heft 61. Bonn.

Ingo Kowarik (2012): Stadtnatur in der Dynamik der Großstadt Berlin. In: Denkanstöße. Stadtlandschaft – die Kulturlandschaft von Morgen? Heft 9. Mainz.

Katrin Rittel, Christian Wilke, Stefan Heiland (2011): Anpassung an den Klimawandel in städtischen Siedlungsräumen – Wirksamkeit und Potenziale kleinräumiger Maßnahmen in verschiedenen Stadtstrukturtypen. Dargestellt am Beispiel des Stadtentwicklungsplans Klima in Berlin. In: Die Natur der Stadt im Wandel des Klimas – eine Herausforderung für Ökologie und Planung. Darmstadt.

Peter Werner/Rudolf Zahner (2009): Biologische Vielfalt und Städte. Eine Übersicht und Bibliographie. Leipzig.

Bildnachweis:

Titel links/Rückseite: Neu-Atzlenbacher/pixelio.de | Titel rechts/Seite 3: Karl Johaentges | Seite 6 links oben: BfN | Seite 6 rechts unten: DUH | Seite 8 links: Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt | Seite 8 rechts: Wegmannhof | Seite 9 rechts oben: Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt | Seite 9 unten: Gemeinde Bad Grönenbach | Seite 10: Stadt Chemnitz | Seite 11: Stadt Apolda | Seite 12: Stadt Bad Saulgau | Seite 13 oben: Stadt Münster | Seite 13 unten: Stadt Ravensburg | Seite 14: JÖR 2011 | Seite 15: Stadt Neuss | Seite 16: Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt | Seite 17: Stadt Weiden | Seite 18: Stadt Wernigerode | Seite 19 links: Martina Dahms | Seite 19 rechts: Landeshauptstadt Hannover | Seite 20: Stadt Landshut | Seite 21 oben: Bezirksverwaltung Pankow | Seite 21 unten: Sieglinde Fink | Seite 22: Stadt Landshut | Seite 23: COP | Seite 24: Stadt Eckernförde | Seite 25: Gemeinde Nettersheim.

HERAUSGEBER

Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.

Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-50
Fax: 07732 9995-77

Kontakt: Tobias Herbst
Email: herbst@duh.de

BfN Bundesamt für Naturschutz

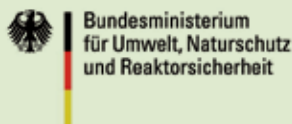
Konstantinstraße 110
53179 Bonn
Tel.: 0228 8491-0
Fax: 0228 8491-9999

Kontakt: Alice Kube
Email: alice.kube@bfm.de

DUH Deutsche Umwelthilfe e.V.

Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-50
Fax: 07732 9995-77

Kontakt: Tobias Herbst
Email: herbst@duh.de



Die Broschüre wurde vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

BEARBEITUNG

Text: Silke Wissel, Tobias Herbst (DUH)
Redaktion: Robert Spreter, Tobias Herbst (DUH)
Gestaltung: Patricia Lütgebüter (DUH)

DRUCK

Druckerei Peter Zabel e. K.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

leben.natur.vielfalt



die Strategie



www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de



www.biologischevielfalt.de

 Deutsche Umwelthilfe

www.duh.de

